

Zeitschrift: Annuaire suisse de science politique = Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft
Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft
Band: 5 (1965)

Artikel: Motivforschung in der Politik
Autor: Hotz, Paul
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-170831>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 26.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

MOTIVFORSCHUNG IN DER POLITIK

von

DR. PAUL HOTZ

Leiter des TEAM Sozialforschung, Zürich

Dieser Aufsatz soll auf einige besonders interessante Untersuchungsphasen einer in der Stadt Zürich durchgeführten Studie hinweisen und dabei einige Probleme aufzeigen, die sich bei der Motivforschung in der Politik stellen.

Ziel der Studie war, die Beziehung der peripheren (nicht parteipolitisch organisierten) Wähler zur Politik und zu den Parteien zu ermitteln.

Als Erhebungsbasis dienten uns semistrukturierte Tiefeninterviews (mit teils offenen, teils gezielten Fragen) bei 200 Männern. Dabei wurden verschiedene Tests eingebaut.

I. Das Forschungsprogramm

Aus den allgemeinen, zum Teil aus den Vortests, zum Teil aus theoretischen Vorstudien gewonnenen Erkenntnissen ergab sich das folgende spezifizierte Forschungsprogramm:

1. Ermittlung der psychologischen Einstellungen der peripheren Wähler und ihrer Motivationen zum politischen Bereich überhaupt.
2. Ermittlung der Einstellungen der peripheren Wähler zu den Parteien im allgemeinen, der Motivation und der Realisierungsmöglichkeiten dieser Einstellungen.
3. Ermittlung der Einstellungen und ihrer Motivationen bei den peripheren Wählern gegenüber einer Mittelstandspartei im besonderen.
4. Ermittlung der Erwartungen, die der periphere Wähler von sich aus dieser Partei entgegenbringt.
5. Ermittlung des psychologischen Ansprechwertes der heutigen Formeln dieser Mittelstandspartei.
6. Ermittlung jener « Formeln », die den peripheren Wähler des alten und neuen Mittelstandes im besonderen unter den modernen Aspekten anzusprechen in der Lage sind.

Die Komplexität der Beziehungen von der persönlichen konkreten Interessensphäre zu jener der abstrakteren Allgemeininteressen führte zur Notwendigkeit, dass jede mögliche Kontaktrichtung auf ihre Motivierung und ihre Tragweite zu durchforschen war. Wie mannigfach diese Beziehungen sind, geht aus dem Umfang der einschlägigen Fachliteratur hervor.

II. Die Methoden der Untersuchung

Den Zielen unserer Untersuchung entsprechend konnte es sich bei diesem Gegenstand nicht darum handeln, eine Art « Meinungsbefragung » durchzuführen, weil durch die Schemafragen, die bei einer solchen « Meinungsforschung » angewandt werden, nicht viel mehr als eine eher fragwürdige Statistik hätte gewonnen werden können. Ihre Interpretation würde überdies keine zwingenden Schlüsse in der erforderlichen Tiefe und insbesondere nicht über die Motivationen selbst zulassen. Es mussten daher vielmehr Methoden angewandt werden, bei denen es den Versuchspersonen möglich war, selbst zu den angeschnittenen Fragen mit den Worten ihrer eigenen Begriffswelt Stellung zu nehmen und von sich aus die Motive in ihren ursprünglichen Beziehungen darzulegen. Dadurch ergaben sich zwei Untersuchungsphasen:

1. DIE TIEFENPSYCHOLOGISCHE PHASE

Hier wurden alle jene Strebungen der wahlberechtigten Versuchspersonen eruiert, die sich auf den Bereich des Politischen im weitesten Sinne und auf dessen Grenzbereiche bezogen.

In einem für die Interviewten freien Gespräch, das aber vom Interviewer über vorbestimmte Themen zu lenken war, wurden die verschiedenen sozialen Interessensphären ermittelt und diese anschliessend in verschiedenen Tests auf ihre psychologischen Motivierungen hin untersucht, da ja Direktfragen in dieser Richtung nicht zum Ziele führen: Dem Fachmann ist bekannt, dass auf direkte Fragen nach Handlungs- und Haltungsmotiven hin sog. « Rationalisierungen » gegeben werden, welche zumeist diese Motive überdecken.

Pro Versuchsperson war dabei ein Zeitaufwand von drei bis vier Stunden notwendig. Meist war es daher unumgänglich, die Befragten in zwei Sitzungen zu beanspruchen, damit der Ermüdungsfaktor ausgeschaltet werden konnte. Die Auswertung der geschriebenen Testprotokolle jedes einzelnen Interviews erforderte ein Mehrfaches an Zeit. Sie ergab in den Vergleichsbearbeitungen gemeinsame Nenner in bezug auf die Forschungsrichtung. Die eruierten gleichgerichteten Strebungen waren in bezug auf ihre politischen Stossrichtungen hin zu strukturieren. Die sich daraus ergebenden Strukturen waren daraufhin zu untersuchen, wie weit sie sich mit den Formulierungen der Parteiziele der im Mittelpunkt der Untersuchung stehenden Partei decken.

2. DIE KONTROLLPHASE

Hier musste versucht werden, die herausgefundenen psychologischen Stossrichtungen individueller politischer Wunschstrebungen mittels einer grösseren Anzahl von Interviews (625), bei einer Auswahl von Versuchspersonen, die dem Altersaufbau der Aktivbürgerschaft der Stadt Zürich und ihrer sozialen Struktur entspricht, auf ihre praktische Allgemeingültigkeit hin zu prüfen.

Gleichzeitig mussten die Begriffsinhalte der gefundenen Ansprechwerte näher untersucht werden. Bei dieser zweiten Testserie handelte es sich um gestrafftere semistrukturierte Einzelinterviews von durchschnittlich 45 bis 60 Minuten Dauer.

Aus den gewonnenen Testwerten liessen sich dann die Endwerte gewinnen, auf welchen die definitiven Schlussfolgerungen aufgebaut wurden.

III. Aus den Forschungsergebnissen

I. DIE BEZIEHUNG DER PERIPHEREN WÄHLER ZUR POLITIK ÜBERHAUPT

Als erstes war folgender Problemkomplex abzuklären: In welchen Tiefengraden sind die nicht parteiorganisierten Typen von Wählern, deren sozialer Interessenkreis mittelständisch orientiert ist, schon in die Politik eingeschlossen und in welchen Beziehungsformen?

Hier gingen wir von der Wahlenthaltungsstatistik aus, deren Werte wir als Kriterien für den Grad des politischen Interesses benutzten. Dabei stellte sich vorerst die Frage nach der allgemeinen Bedeutung der Statistik in unserem Zusammenhang.

Als Kriterium einer aktiven Beziehung zur politischen Sphäre darf im allgemeinen zweifellos die Stimm- und Wahlbeteiligungsintensität der Bürger betrachtet werden. Stimm- und Wahlberechtigte, die « chronisch » der Urne fernbleiben, haben eine andere Einstellung gegenüber der Politik im allgemeinen als solche, die sich nur hin und wieder vom Gang zum Stimm- bzw. Wahllokal abgehalten fühlen, diese wiederum eine andere Haltung in diesen Dingen als solche Bürger, die sich eine Ehre daraus machen, bei jedem Urnengang teilzunehmen.

Hier hat die neuere Studie der Gesellschaft für praktische Sozialforschung eine breite und ziemlich umfassende Grundlagenbasis für weitere Untersuchungen geliefert. Diese Arbeit wurde erst nach unserer Studie durchgeführt.

Die Häufigkeit der Beteiligung an den Urnengängen kann somit als Maßstab der « politischen Integration » des einzelnen betrachtet werden, als Maßstab des Tiefengrades, in welchem die Wähler sich in die Politik einbezogen fühlen.

Um die Bezirke der Wahlbeteiligungsfragen vorerst einmal von aussen her abzustecken, war es notwendig, abzuklären, wie die Wahlbeteiligung auf unserem Untersuchungsgebiet in der Stadt Zürich generell aussieht und was in dieser Hinsicht rein statistisch zugänglich ist.

Das Statistische Amt der Stadt Zürich hat im Januar 1962 bereits die zweite Publikation über die Wahlbeteiligung bei den Gemeinderatswahlen publiziert, und zwar über jene von 1958 (Statistik der Stadt Zürich, Heft 65). Bereits 1958 war eine ähnliche, erste Publikation über die Wahlbeteiligung bei den Gemeinderatswahlen 1954 erschienen (Heft 62 dieser Reihe). Die zweite Publikation (Verfasser: Dr. F. Flühmann) geht in der Auswertung des vorhandenen statistischen Materials erheblich weiter als die erste (Verfasser: Dr. Billeter), doch waren die Erhebungsgrundlagen dementsprechend breiter gefasst worden. Ausserdem standen bereits frühere Daten zu Vergleichszwecken zur Verfügung, so dass erstmals auch eine « Einfach- und Mehrfach-Nichtwählerstatistik » erstellt werden konnte.

In unserem Zusammenhang interessieren uns die publizierten Zahlen deshalb, weil hier sämtliche Nichtwähler der Stadt Zürich erfasst wurden, und zwar nicht nur rein zahlenmässig, sondern auch hinsichtlich ihres Alters, ihres Zivilstandes, ihres Berufes (soziale Stellung) und ihres Wohnortes innerhalb der Stadt. Durch den Umfang des statistisch vorliegenden Materials und den Umstand, dass die Gesamtheit der Nichtwähler erfasst worden ist, lassen sich allgemeingültige Schlüsse ziehen über die Möglichkeit, wie weit diese erfassten Daten (Alter, Zivilstand, Beruf usw.) an sich einen Zusammenhang mit der Stimmbeteiligungshäufigkeit, bzw. mit dem Ausmass der politischen Integration erkennen lassen.

Die erhaltenen Werte erhalten aber erst ihre Substanz, wenn sie soziologisch ausgewertet und auf der Basis unseres eigenen Forschungsmaterials interpretiert werden. In dieser Weise gewinnen sie aber zugleich auch als Kontrolldaten ihre entscheidende Relevanz.

2. DIE PSYCHOLOGISCHEN BEZIEHUNGEN DER PERIPHEREN WÄHLER ZU DEN PARTEIEN IM ALLGEMEINEN

Aus unseren Vorstudien ermittelten wir hypothetisch drei Typen von Haltungen gegenüber der Politik.

a) Typus Enthaltung (Typus E).

Typus der völligen politischen Abstinenz. Disengagement gegenüber der politischen Sphäre, Indifferenz gegenüber übergeordneten sozialen Bezugssystemen, wobei die Indifferenz einen Aversionsakzent enthalten darf (Indifferenz ist dabei aufgehoben und durch eine negative Affektivität ersetzt). Diese Haltung ist vorwiegend zu finden bei Leuten, die beruflich keinen Verantwortungsbereich haben, wenig schulische und berufliche Bildung besitzen, wenig differenziertes Denken, wenig soziale Bindung aufweisen, eher jüngere Leute usw.; z.B. bei Entwurzelte, sozial-horizontal mobile Typen.

b) Typus der Simulation (Typus S).

Echte Beziehung besteht noch nicht oder ist verloren gegangen. Das Sozialprestige (Beruf, Ansehen bei Kollegen usw.) verlangt jedoch, dass man sich als « auf dem laufenden » ausgibt. Die Aktualisierung der politischen Beziehung ist jedoch blockiert durch starke berufliche Spezialisierung, einseitige Interessen, Belastung auf anderen Gebieten (erotische Beziehungen, Sportbegeisterung oder andere Affektbesetzungen). Häufigstes Vorkommen bei sozialen Aufsteigern, Pendlern usw.

c) Typus des aktiven politischen Engagements, der Durchführung (Typus D).

Berufliches, familiales Engagement verlangt den Einbezug in die politische Sphäre und ergibt ein besonderes Interesse infolge direkter persönlicher Abhängigkeit von der Funktion in übergeordneten sozialen Bezugssystemen (Politiker, Fabrikanten, die grossen sozialen Beziehungsbereich haben).

Hier finden sich meist Leute, die auf direkte oder indirekte Weise in diese übergeordneten Bereiche beruflichen Einblick besitzen. Häufigstes Vorkommen bei Eingesessenen, sozial stabilen Typen (Lehrern) oder auch solchen mit mässiger sozialer Mobilität.

Diesen hypothetischen Haltungen entsprechend müssen sich folgerichtig die Vorstellungsbilder (Images) über die Begriffe der politischen Bereiche unterscheiden.

Alle drei Typen finden sich bei den peripheren Wählern, der Häufigkeit nach am meisten Typus E, weniger häufig Typus S, eher selten Typus D.

3. DIE FRAGE NACH DEN VORSTELLUNGEN DER PERIPHEREN WÄHLER VON DEN VERSCHIEDENEN PARTEIEN

Generell müssten nach dem Vorhergesagten bestimmte Differenzierungen im Urteil der drei Gruppen ersichtlich werden. Dies trifft zu, aber wir bemerken, dass in der Haltung aller ein gewisser « roter Faden » liegt, der darin besteht, dass sie die Parteien bezw. die aktive Stellungnahme zu ihnen ablehnen. Die Ablehnung wird in der Richtung begründet, dass die Parteien in ihrem Urteil nur Sonderinteressen vertreten und das Wohl der Gesamtheit ausser acht lassen. Die Unterschiedlichkeit des Urteils liegt sowohl in der Perspektive als auch in der Intensität der Ablehnung. Die psychologische Bedeutung der Ablehnung selbst liegt insbesondere darin begründet, dass es allen drei Gruppen nicht gelingt, ihre eigenen *sozialen* Interessen (im weiteren Sinne) mit denjenigen zu identifizieren, von denen *geglaubt* wird, sie werden durch die Parteien vertreten.

Um nun an die Haltung gegenüber den Parteien nicht von der politischen Affektbesetzung, sondern von aussen her neutral heranzukommen, setzten wir gleichsam die äussere Tangente der Bezugssozialkreise als Gesprächsbasis: den Begriff « Vaterland » « Land ». Die vaterländische Einstellung

wurde im Tiefentest u. a. vorerst dadurch ermittelt, indem wir eine Gegenüberstellung des 1. August mit dem 1. Mai durch ein besonderes Gespräch zur Diskussion stellten ¹.

Generell muss aus den Tests geschlossen werden, dass die « vaterländische Emphase » erheblich gedämpft ist, dies vor allen Dingen bei den peripheren Wählern der « Enthaltungskonzeption », aber auch in einem besonders geprägten Masse bei den « Simulierenden », die wir vor allem im neuen Mittelstande antreffen.

Die vaterländische Emphase wird der Vergangenheit zugeschrieben und parteimässig auf das Konzept der alten « Mittelstandspartei » projiziert. Dies erklärt, dass sie beim Semantic-Differential-Test als « ältlich » herauskommt, als « quasi-überlebt », dies vor allem bei den Befragten des neuen Mittelstandes. Der generelle Verlust der « vaterländischen » Formeln an Attraktivität und Prägnanz ist nun aber wiederum nur *einer* der vielen Faktoren, der die Stellung der peripheren Wähler zu den Parteien in mehr oder weniger starkem Masse verändert hat.

4. DIE INTENSITÄT DER PERSÖNLICHEN SOZIALEN VERFLECHTUNGEN DER PERIPHEREN WÄHLER UND IHRE AUSWIRKUNG AUF DIE BEZIEHUNGEN ZUR POLITISCHEN SPHAERE

Hier möchten wir mit einem neuen Begriff arbeiten, und zwar mit dem Begriff der Soziabilität des Individuums. Wir möchten damit den Umfang der möglichen zwischenmenschlichen, sozialen Direktkontakte umschreiben, deren ein Mensch innerhalb einer gewissen Zeitspanne fähig ist, ohne das persönliche Engagement in der sozialpsychologischen Beziehung zu jedem einzelnen der kontaktierten Mitmenschen zu verlieren. In diesem Begriff ist auch enthalten, dass die Quantität zur Qualität der Sozialkontakte in umgekehrtem Verhältnis steht: Die Menge der verwirklichten Beziehungen innerhalb einer bestimmten Zeitspanne geht auf Kosten ihrer Intensität. Ein Mensch mit intensiven sozialen Beziehungen hat somit weniger Sozialkontakte mit seinen Mitmenschen, doch sind diese Sozialkontakte sehr stark.

Der Typus der intensiven Soziabilität findet sich vorwiegend auf dem Lande, wo auch der Personenkreis, mit denen der Sozialkontakt im Laufe eines Tages möglich ist, beschränkt ist. Ein Großstadtmensch hat prinzipiell

¹ Als typisch soll etwa die hier konzentrierte Aussage eines einzelnen wiedergegeben werden:

« Am 1. August habe ich mich meistens gewundert, weshalb wir Schweizer da nicht den ganzen Tag frei machen — es wird soviel 'gepredigt' über diesen Tag — aber man arbeitet dann doch. Das wäre wohl abzuschaffen, oder dann soll man nicht so geschwollen an diesen Tag herangehen.

Ich persönlich bin auch schon an einer Feier gewesen (Alter 26 J.), doch gehe ich jetzt nicht mehr, es wird ohnehin immer dasselbe erzählt, was jeder Schweizer schon aus der Schule weiss . . . Die Gestaltung ist im allgemeinen schon recht, nur dass man eben frei machen sollte. . . .

Am 1. Mai fahre ich meistens aufs Land, denn es ist ein richtiger Frühlingstag zum Geniessen. . . . » (Arbeiter, qualifiziert, Gewerkschaftsmitglied « pro forma »).

vorwiegend extensive Soziabilität, seine Sozialkontakte sind bedeutend häufiger, aber in demselben Masse auch oberflächlicher, weniger engagiert. Die Unterschiedlichkeit in der Soziabilität findet ihren direkten Niederschlag in den Beziehungen zur Politik:

Ist sie intensiv, so bestehen auch eher Direktbeziehungen (« face-to-face-group-minded ») zur politischen Sphäre. Die Verdichtung der sozialen Beziehungen erlaubt zugleich eine objektivere Haltung gegenüber den sozialen Gruppen und damit eine Kontrolle, welche eine Selektionsfähigkeit schafft, die die Kontaktnahme zu den übergeordneten sozialen Beziehungssystemen der Politik ermöglicht oder (je nach Engagement) erzwingt.

Ist die Soziabilität dagegen extensiv, so ist die Kontrolle der Sozialkontakte erschwert, wobei die Beziehungen zur politischen Sphäre meist als erste unterbrochen sind und nur noch sekundär realisiert werden können, d. h., sie wickeln sich über Dritte ab oder werden durch Kommunikationsmittel (Zeitungen, Radio usw.) ersetzt. Dies bedeutet, dass man sich der politischen Sphäre überhaupt entziehen kann, während dies bei den primären Sozialbeziehungen der intensiven Soziabilität *nicht* möglich ist (obligatorische Lebensgemeinschaft). Die Art des Trainings und der Trainingsdisziplin der Soziabilität entscheidet somit weitgehend über die Beziehung zur Politik.

In der Stadt spielt diese Tatsache vor allem bei einer bestimmten Art von Zugezogenen eine Rolle, nämlich bei jenen, die aus Kreisen mit intensiven Sozialbeziehungen zugezogen sind, deren soziales Leben nun aber durch extensive Sozialbeziehungen und häufige Sekundärkontakte bestimmt wird. Diesen Menschen gelingt meist der Anschluss zur Politik aus dem Grunde nicht mehr, weil sie wegen fehlender personaler Neubindungen die alten Kontakte beibehalten (Verwurzelung) und beim gefühlsmässigen Überangebot an Möglichkeiten neuer Primärkontakte dieses nicht zu bewältigen in der Lage sind, wobei sie mit ihren Verhaltensmustern leicht in Konflikt geraten. Die Folge ist ein langdauernder Assimilationsprozess, der die Fähigkeit zur Aufnahme von Sozialkontakten beschränkt, was die Beschäftigung und Auseinandersetzung mit übergeordneten Sozialsystemen erschwert, wenn nicht ausschliesst. Denn die Kontakte mit der politischen Sphaere müssen, nach unseren Feststellungen, von den Intensivbeziehungen her aufgetaut werden.¹

In Stadtverhältnissen (vor allem in den sogenannten Massenquartieren), in denen die Soziabilitätsfähigkeit reduziert wird, verschieben sich somit die Verhältnisse der Bürger zur politischen Sphäre in ganz entscheidender Weise durch die Veränderung des sozialen Aggregatzustandes (Bertaux!). Die Wertungen der sozialen Bezugssysteme erhalten Verschiebungen und andere Akzente. Damit aber auch die ihnen zugeordneten Begriffe wie « Freiheit », « Demokratie », « sozialer Friede ».

¹ Vgl. Peter Atteslander, Probleme der sozialen Anpassung, Köln 1956, S. 28 ff.

Die Freiheit wird heute nicht mehr als eine Freiheit des Staates (als Gemeinschaft der face-to-face-Gruppen) in ihrer Handlungsfähigkeit gegenüber anderen Staaten empfunden. (Ein Begriff, wie er den Schulkindern im Geschichtsunterricht im Zusammenhang mit den Kämpfen um die Unabhängigkeit der Schweiz eingeprägt und von vielen noch so verstanden wird.)

Die Freiheit wird auch nicht mehr empfunden als Freiheit des Bürgers im Staate selbst, von dem er ein funktioneller Teil ist. Es handelt sich heute vielmehr beim neuen Freiheitsbegriff um eine Freiheit *vom* Staate, in den man sich wie in eine Zwangsjacke hineingedrängt fühlt und aus der man hinausstrebt in die eigene Intimsphäre, die man vor dem Staate und allem, was mit ihm zusammenhängt, also auch vor der Politik, schützen zu müssen glaubt. Darum zahlt der extensiv bezogene Bürger heute die Steuern nicht als seinen Beitrag an das Wohl der Allgemeinheit, in die man eingebettet ist, sondern an einen Moloch, der frisst und dem man geben muss, um nicht selbst gefressen zu werden. Dies schliesst aber in sich, dass man die positive Eigenbeziehung zu diesem Staate verloren hat, dass von der anderen Seite her eine Zwangsbeziehung besteht, die man in ihrer Anonymität nicht mehr zu identifizieren vermag. Deshalb werden nur noch jene politischen Sondergebiete eine stärkere Attraktivität erzielen, deren unmittelbarer Nutzen für den einzelnen direkt in die Augen springt.

Jede von den politischen Parteien vertretene Strebung, die über diesen Sachbereich hinausgeht, schwächt nicht nur das Interesse des einzelnen an sich, sondern auch das Profil der Partei, wo diese in ihrem Wirkungsbereich durch den Mangel an persönlichen Kontakten dem Überblick entzogen ist.

Durch den subjektiv empfundenen Verlust an Freiheit gegenüber dem Staat tritt aber auch eine Verschiebung des Begriffes der « Demokratie » ein. Diese Verschiebung ist nur zu einem geringen Teil der Suggestivwirkung der östlichen Terminologie zuzuschreiben. Denn wir haben bei uns noch das unmittelbare Erleben der integralen Demokratie, in die wir auch wirkungsmässig einbezogen sind durch die häufigen Volksabstimmungen, durch das Referendums- und Initiativrecht. Aber die aktive Beziehung zu diesen Rechten ist weitgehend verloren, wie unsere Tests in allen Ebenen zeigen. Dieser Beziehungsverlust zeigt sich wiederum in der Haltung gegenüber dem Staate, der ein anonymes Gebilde wurde, wo die aktive Stellungnahme auch im persönlichen Kreise fehlt (die beim Typus der « Durchführung » vorhanden sein muss und vorhanden ist).

Die dritte Begriffsverschiebung erstreckt sich auf den Begriff der sozialen Auseinandersetzung. Noch unsere ältere Generation war beteiligt an den sozialen Kämpfen von 1918 und der Krisenzeit der Dreissigerjahre. Die soziale Besserstellung — und die daraus resultierende soziale Befriedung — war damals noch ein Produkt des persönlichen Einsatzes jedes einzelnen an der Seite der Gesinnungsgenossen. Man liess sich den Kampf auch Opfer kosten und sah deren Notwendigkeit ein.

Heute ist der soziale Friede Objekt eines Vertragswerkes zwischen den interessierten Verbänden. Dies erlaubt den sozialen Schichten und ihren

Angehörigen, die sich nicht mehr exponieren müssen, eine Art sozialer Vermischung, das geistige Hineingleiten in den Mittelstand und damit vor allen Dingen einen bedeutend müheloserem sozialen Aufstieg. In gleicher Masse aber, wie die Besserstellung nicht mehr Produkt eigener Anstrengungen ist, werden auch die Beziehungen zu den Berufsgruppen versachlicht. Diese Versachlichung gestattet von sich aus wiederum den Rückzug in die Intimsphäre, andererseits aber fördert sie diesen Rückzug, weil das organisatorische Berufsfeld gerade in seiner expansiven Verflechtung in horizontaler und vertikaler Beziehung den Überblick mehr und mehr erschwert. Der soziale Friede erscheint heute als Selbstverständlichkeit und ist nicht mehr der Lohn eines Kampfes. Auf diese Weise aber ist der « Aufstieg » zum Mittelstand nicht mehr Produkt einer persönlichen Leistung, sondern mehr eine Angelegenheit der Fassade, die man sich mühelos zulegen kann. Dem entspricht eine gewisse « *Standesabwertung* », eine *Inflation des Mittelstandes*, und führt zu einem Wandel der Gesinnung, die keine Solidaritätsverpflichtung mehr anerkennt.

Von hier aus werden aber auch die vaterländischen Parolen entwertet. Hier schliesst sich somit der Kreis der Versachlichung der Beziehungen gegenüber dem Staat als anonymem Gebilde, das Heimat und Vaterland vertritt.

So erklären sich aus den übrigen Zusammenhängen der Tiefenphase unserer Untersuchung die scharfen Entwertungen, die wir beim Testen der Attraktivität der « Massnahmen » 5 bis 12¹ festgestellt haben. Je sachlicher und je materieller eine direkte Beziehung zum Stellungnehmenden hergestellt werden kann, umso geringer wird die Enthaltungsziffer und umso stärker die Annahme.

Sobald die Ziele das Allgemeinwohl dort betreffen, wo kein unmittelbarer eigener Nutzen mehr ersichtlich ist, schwindet das unmittelbare Interesse. Die Vorlage ist dann im konkreten Fall « gefährdet » und ihre Annahme noch das Produkt eines guten Managements. So wurde z. B. die U-Bahn von der SP nur beiläufig mit der Verkehrsentswerrung motiviert, zur Hauptsache aber mit der Verlängerung der Musse durch kürzere Fahrzeiten. Diese Ergebnisse bestätigen zwar, was den Parteien allgemein bekannt ist. Trotzdem haben gerade die Mittelstandsparteien es unterlassen, dieser Entwicklung in der Formulierung ihrer Ziele Rechnung zu tragen. Sie machten ihre politischen Vorstösse ihren eigenen Wählern nicht dadurch plausibel, dass sie diese in eine persönlich realisierbare Beziehung kleideten. Diese Plausibilität darf nun aber andererseits nicht gruppenbezogen sein, sondern muss sozusagen für jeden der möglichen peripheren Wähler — auch jenen des neuen Mittelstandes — auf der Hand liegen. Mit allgemeinen vaterländischen Parolen kann nicht mehr argumentiert werden.

So gehen die Konsequenzen für eine Mittelstandspartei dahin, ihre Politik auf einen *persönlichen* Nenner zu bringen, damit ihr Wähler sie zu realisieren

¹ Siehe Tabelle auf S. 24.

Tabelle zur Messung der Attraktivität politischer Programme

Massnahmen, über welche die Versuchspersonen unseres Samples «abzustimmen» hatten. Die Möglichkeit zur Stimmenthaltung wurde implicite eingeräumt.

Die Formulierungen entstammen zum grossen Teil wörtlich den Formulierungen politischer Parteiprogramme.

Massnahme	Ja %	Nein %	Enth. %
1. Grosszügiger Ausbau unseres nationalen Strassen-netzes in raschester Zeit.	72,7	12,8	14,5
2. Möglichst freie Konkurrenz ohne staatliche Einmischung als Mittel gegen die Preisspirale.	36,6	37,4	26,0
3. Sicherung des gerechten Entgeltes für jede ehrliche Arbeit durch angemessene Preise und angemessene Löhne.	53,3	9,3	37,4
4. Umgestaltung des Steuersystems, so dass die Grossen mehr erfasst und die Kleinen mehr entlastet werden.	45,3	28,0	26,7
5. Eine Sozialpolitik, die auf die persönliche Verantwortung der Einzelnen abstellt. AHV, IV, Mutterschaftsversicherung usw. sollen nicht für alle gleich sein, die Renten sollen der finanziellen Situation der einzelnen Schichten angepasst werden.	32,0	26,8	41,2
6. Einführung des obligatorischen Zivilschutzes, so dass alle nicht diensttuenden Schweizer und Schweizerinnen grundsätzlich von der Zivilschutzdienstpflicht erfasst sind. Ausnahmen sind von Fall zu Fall festzulegen.	21,0	46,4	32,6
7. Grosszügige Unterstützung der einheimischen Kunst und Kultur.	14,7	48,0	37,3
8. Eine Politik der Planung und der Kontrolle über Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie und die Verbände.	13,4	48,8	37,8
9. Massnahmen zur Wahrung der kulturellen Eigenarten des Landes, damit diese in der kommenden europäischen Verflechtung nicht zugrunde gehen, weil sie unser soziales Leben weitgehend bestimmen.	17,3	34,6	48,1
10. Eine Landwirtschaftspolitik mit dem Ziel, möglichst viele mittlere und kleinere Bauernbetriebe zu erhalten, weil der Kampf gegen die Landflucht eine politische und kulturelle Notwendigkeit ist.	32,6	27,9	39,5
11. Europäische Ausrichtung der Wirtschaft, damit der Anschluss an Europa reibungslos vollzogen werden kann.	20,0	42,0	38,0
12. Eine Politik nach soliden Grundsätzen demokratischer Einfachheit, besonders im Staatshaushalt. Der Staat soll nur jene Aufgaben übernehmen, die von andern Institutionen oder Privaten nicht übernommen werden können.	20,0	34,0	46,0

Die Prozentzahlen bekommen erst dann ihren spezifischen Aussagewert, wenn sie nach Zivilstand, Beruf, Alter, ausgeschieden und kommentiert werden, wie dies in unserem Untersuchungsbericht geschah. Hier haben wir nur die Totalen in % angegeben.

vermag. Dieser persönliche Nenner geht aber, wie wir gesehen haben, über eine Sachbeziehung. Hinter dieser muss dann die menschliche Wärme wirken, sie muss sozusagen durch die Sachbeziehung hindurchgehen. Damit kann eine Verwurzelung neu gestaltet, der Kontakt wieder hergestellt werden.

5. DIE PROFILIERUNG DER PARTEIEN IN IHRER GEGENÜBERSTELLUNG

Im dritten Teil der Untersuchung hatten wir das Gesicht der einzelnen Parteien nach den Resultaten der Untersuchung zu umreißen. Dabei wurde zwangsläufig nicht nur die Profilierung der im Mittelpunkt stehenden Partei, sondern aller konkurrierenden politischen Gruppen erfasst. Nur auf diesem lebendigen Background war es möglich, die besonderen Schwächen und die besonderen Stärken der einen Partei herauszuarbeiten und daraus die notwendigen Schlüsse zu ziehen.

a) *Profilierung nach den Gedächtniswerten*

In einer besonderen Testserie wurde versucht, die Stärke der Einprägungen der einzelnen Parteien in die Begriffswelt der peripheren Wähler zu ermitteln.

Der angewandte Test geht von der psychologischen Erkenntnis aus, dass beim Aufsagen einer Reihe gleichartiger Gedächtnisinhalte jene zuerst genannt werden, die im Gedächtnis am stärksten eingepägt sind. Diese Prägungen werden in ihrer Stärke moduliert durch die Summe aller Eindrücke, die jeweils mit ihnen gedanklich verassoziiert werden können. Wird also — wenn wir diesen Test auf die Begriffe der Parteien anwenden — in der Umgebung einer Versuchsperson eine bestimmte Partei genannt, so wird sie sich mit dieser auch intensiver geistig befassen müssen als mit anderen Parteien. Dasselbe tritt ein bei häufigem Lesen des betreffenden Parteinamens. Wenn also das Wort « Partei » fällt, so wird die betreffende Person zuerst sich jener erinnern, von der sie am meisten Eindrücke hat, dann jener, die ihr am stärksten entgegengesetzt erscheint usw.

Dies äussert sich dann auch in der Reihenfolge der Aufzählung, wenn diese Person gefragt wird, welche Parteien sie kenne. Befragt man demnach eine Vielzahl von Personen — von denen jede eine andere soziale Umwelt besitzt — so lässt sich aus der Häufigkeit der Erstnennungen, der Zweitnennungen und der Endnennungen die Profilierung, die *Eindruckstiefe der Parteien in der öffentlichen Meinung* ablesen. Die sich ergebenden Werte aber sagen darüber nichts aus, ob diese Eindrücke gefühlsmässig positiv oder negativ geladen sind. Sie können deshalb für sich allein nicht gesondert interpretiert werden, sondern erhalten erst ein Gewicht in ihrer Vergleichsstruktur.

b) *Profilierung nach Extremdefinitionen*

Bei einer weiteren Testserie gingen wir von der Absicht aus, die Behauptungen, welche von Versuchspersonen in der ersten Untersuchungsphase,

bezw. in den Voruntersuchungen über Parteien im allgemeinen und im besonderen geäußert wurden, auf ihre psychologische Anwendbarkeit für die einzelnen politischen Gruppen zu untersuchen. Die Interviewten hatten die Wahl, zwölf solcher ausgewählter Behauptungen, die am meisten aufgetaucht waren und offensichtlich die Leute beschäftigen, auf die verschiedenen Parteien zu projizieren ¹.

6. DIE BILDICHE AUFFASSUNG DES PERIPHEREN WÄHLERS ÜBER DIE PARTEIEN NACH AUSGEWÄHLTEN TESTBILDERN

Die ideellen Vorstellungen der peripheren Wähler verbinden sich mit bildlichen Inhalten, die sich nicht ohne weiteres in Worte kleiden lassen. Diese bildlichen Inhalte aber sind dort, wo Stellung bezogen werden muss, ausschlaggebend für die *instinktive Wahl*, die sich keiner rationalen Argumentation zugänglich machen lässt. Die Instinktwahl kommt umso häufiger vor, je mehr der einzelne sich abgewöhnt hat, das Pro und Contra seiner Entscheidungen auf die Waagschale der Kritik zu legen und dann die Wahl nach Kriterien der Vernunft zu treffen. Instinktwahlen trifft jeder von uns öfters im Tag, ohne sich ihrer bewusst zu werden, der Gewohnheitsmensch jedoch häufiger als der überlegende Typ. Die moderne Reklame hat sich diese Tatsache zunutze gemacht und appelliert daher in ihren Illustrationen nicht mehr an die Vernunft, sondern mehr und mehr an jene Instinkt-Leitbilder, die mit angenehmen Empfindungen verbunden sind und die Wahl der Vernunft praktisch ablehnen.

Leitbilder des Unbewussten werden also bei der Instinktwahl mit den verschiedenen Begriffen verbunden, vor deren Wahl man sich gestellt sieht. Je nach den mit ihnen verbundenen angenehmen oder unangenehmen Gefühlen wird dann diese Wahl getroffen. Sie hat den Vorteil, dass sie die Vernunft praktisch umgehen kann. Wenn man hinterher sich fragt oder gefragt wird, weshalb man eigentlich so entschieden hat, so wird man sich die Vernunftsgründe « vormachen » und zu finden wissen, auf jeden Fall muss man sie gewöhnlich suchen, konstruieren (« Rationalisierung »).

In unserem Falle handelte es sich darum, zu ermitteln, mit welchen Leitbildern die Vorstellungen von den einzelnen Parteien verbunden sind.

Die Erfahrungen unserer Studie haben nun deutlich gezeigt, dass gerade der periphere Wähler, der in den politischen Bereich sich weniger einbezogen fühlt, je mehr er sich der Konzeption der « Enthaltung » nähert, sich von

¹ In der Praxis sah die Frage z. B. folgendermassen aus: « Welches ist die Partei, welche am wenigsten weltoffen ist und die internationale Entwicklung am wenigsten beobachtet und berücksichtigt? » Prüffeld: Bild der Partei in bezug auf deren Weltaufgeschlossenheit, geringste Neigung zu Kirchturmpolitik und Sonderinteressen.

Oder: « Welches ist die Partei der bürgerlichen Familie? »

Prüffeld: Positiv: Geborgenheitsgefühl, Gemütlichkeit, familiärer Gruppengeist.

Negativ: Gruppenträgheit, Konservatismus.

Neutral: Gebundenheit an Primärgruppen, Gefühlsmomente, die vom Familienbegriff her auf die Partei übertragen werden können.

solchen Leitbildern *mitbestimmen* lässt und dass diese Leitbilder bestimmten Erfahrungen entsprechen, die vom Gefühl positiv oder negativ belastet sind. Sie werden im Gedächtnis gespeichert als eine Art « Vorurteile ». Durchdachte Entscheide sind häufiger, je überlegter man handelt und je mehr man sich der Konzeption der « Durchführung » nähert: Hier werden sie von den Strebungen der *rationalen* Interessen beeinflusst, die ihnen je nach der Stärke, Vordergründigkeit oder Aktualität die entsprechende Farbe und Attraktivität verleihen.

In unseren eidetischen (bildbezogenen) Projektionsuntersuchungen haben wir 15 vorgetestete Bilder verwendet, die in ausgeprägtem Masse bestimmte soziale Stellungen, Funktionen oder Situationen und Sachlagen symbolisieren. Die 200 Versuchspersonen, die wir hier getestet haben, mussten bei jedem der einzeln gezeigten Bilder sich darüber äussern, welche Partei ihnen dabei in den Sinn komme. Dabei ergaben sich die folgenden Resultate:

1. Bild: Handlanger, der in felsiger Gegend mit einem Vorschlaghammer Steine im Rundschlag zertrümmert.
Kleidung: Hemd, Hose mit Gurt, Dächlikappe.
- Projektionen: Sozialdemokraten 54,6 %
PdA (unqualifizierter Arbeiter) 41,7 %
übrige 3,7 %

Folgerung: Die Darstellung des unqualifizierten Arbeiters korrespondiert mit dem Begriff der Linksparteien, deren wichtigstes Potential sie historisch darstellen. Diese Darstellung wäre beispielsweise auf bürgerliche Parteien nicht anwendbar, weil man ihnen gegenüber auf die hier verassoziierten Vorstellungen nicht ansprechen würde. Sie würde als paradox empfunden.

2. Bild: Ca. 60-jähriger Herr mit energischem, gepflegtem Gesicht, grauhaarig, mit Smokinganzug.
Hintergrund: blinkende Elektronenanlagen. Darstellungstyp: Direktoren-, Fabrikantenblick, gestrafft, kontrollierte Züge, markant.
- Projektionen: Freisinnige 86,8 %
Katholisch-Konservative 5,7 %
BGB 4,1 %
übrige 3,4 %

Folgerung: Leute im Smoking mit gepflegtem Aussehen korrespondieren mit dem Begriff der freisinnigen Partei in sehr hohem Masse: Symbolwert: Herren, Herrschaft, reich. Schwarz (im Smoking) erinnert an die Katholisch-Konservativen. BGB: Streuwert.

3. Bild: Junger Mann, ca. 35, hinter Schreibtisch sitzend, telephonierend, rechte Hand mit Aktenbündel.
Hintergrund: Organisationstafel, Sekretärin. Gesicht des Mannes: offen, lachend, energisch, « Managertyp ».

Projektionen: Freisinnige	42,0 %
Landesring	19,7 %
BGB	15,5 %
Sozialdemokraten	7,2 %
ohne Partei	5,7 %
Demokraten, Christlichsoziale je	4,1 %
übrige	1,7 %

Folgerung: Das Bild des jungen Mannes verbindet sich mit dem Begriffsbereich des Freisinns, dann mit dem Landesring, erst in dritter Linie mit jenem der BGB. Bildmerkmal: Initiative. Diese Profilierung fehlt dem BGB-Image weitgehend. Im Semantic-Differential-Test: Gewicht auf « verknöchert ».

IV. Schlussbemerkungen

In diesen Darstellungen und Reflexionen über unser Testprogramm sind wir zwangsläufig unvollständig geblieben. Es fehlen hier insbesondere Erwähnungen unserer Untersuchungen in bezug auf die « Berufsprofile » der Parteien.

Uns ging es jedoch darum, über die praktische Seite der Motivforschung in der Politik und deren Problemstellungen in allgemeiner Weise zu orientieren.

Wir danken an dieser Stelle der BGB Zürich, die es uns erlaubte, einige Stellen des für sie verfassten Forschungsberichtes der wissenschaftlich interessierten Allgemeinheit zugänglich zu machen.